



Siegfried Hanke



Karsten Lutze



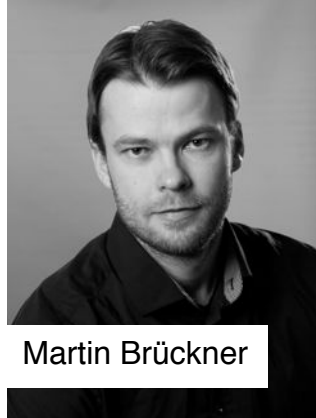
Christine Ehret



Björn Dreyhaupt



Tobias Eichardt



Martin Brückner



Iris Erben



Florian Hübner



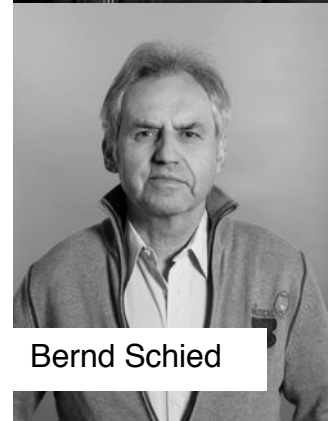
Johannes Kunze



Angela Sengewald



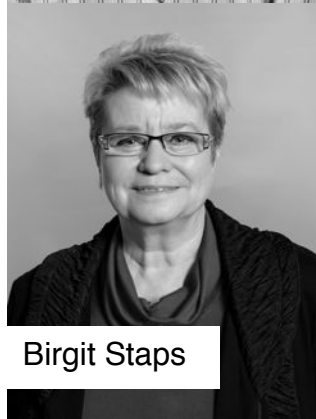
Bernd Ostermann



Bernd Schied



Sven Kahlmann



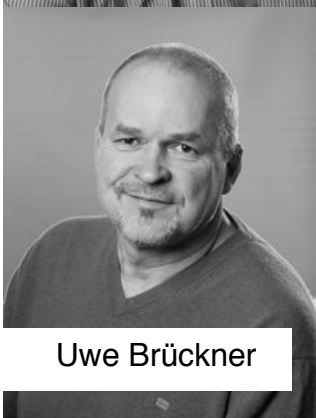
Birgit Staps



Mike Sachse



Steve Kähler



Uwe Brückner

STADTRATSWAHL WEISSENFELS

Liste 3

SPD

WIR KÖNNEN WEISSENFELS – UNSER WAHLPROGRAMM

Bildung und Soziales

Die knappen finanziellen Ressourcen der kommunalen Haushalte setzen alle Bereiche des kommunalen Daseins unter Druck! Und gerade aus diesem Grund sehen wir den richtigen Weg in einer Prioritätensetzung. Wir wollen u.a., dass

- alle Grundschulen im Stadtgebiet erhalten bleiben und gleiche Entwicklungschancen erhalten
- Schüler nicht durch ihren Wohnort darin bevormundet werden, in welche Grundschule sie zu gehen haben – die pädagogischen Bedürfnisse des Kindes sind entscheidend
- Kitas entsprechend ihren Anforderungen entsprechend personell und technisch ausgestattet sind
- sich Gebühren für Kita und Hort sozial verträglich an den Belastungen der Eltern orientieren
- es auch weiterhin offene Freizeit- und Beratungsangebote für Kinder und Jugendliche geben muss.

Stadtentwicklung

Stadtentwicklung betrifft jeden Bürger. Egal ob man im Stau der Merseburger Straße steht oder sich über den Gehweg vor seiner Tür ärgert – alle diese Dinge sind direkte oder indirekte Folgen von Stadtentwicklungspolitik. Um uns weiter voran zu bringen, setzen sich die Stadtratskandidaten der SPD dafür ein, dass

- eine klare Prioritätenliste gibt, die Grundlage des politischen Handelns ist
- alle Bauvorhaben zwingend nach Nutzen und nicht nach Fördermittelanteilen zu beurteilen sind
- Stadtentwicklung der Attraktivität unserer Ortsteile und der Kernstadt zu dienen hat und nicht den Geltungsbedürfnissen einzelner Personen
- Stadtentwicklung in Weißenfels bedeutet auch die Förderung und den Erhalt von Dorfkernen als „Stadtteilzentren“
- Erschließungen zukünftig soweit wie möglich über wiederkehrende Ausbaubeiträge finanziell tragfähig realisiert werden und dabei soziale Härten für die Bürger vermieden werden
- der Zustand von Geh- und Radwegen erfasst und verbessert wird
- Prestigeobjekte, wie Schloss Neu-Augustusburg, Kloster oder Markplatz mit verbindlichen Entwicklungsperspektiven ausgestattet werden
- die Teils problematischen Parksituationen von der Stadtverwaltung ernst genommen und nicht für regelmäßige Knöllchen-Touren ausgenutzt werden
- den Ortsteilen eine Perspektive auf Zuzug und Entwicklung in Form von bebaubaren Flächen zugestanden wird
- kommunale Immobilien auch im ländlichen Raum einer einträglichen Nutzung zugeführt werden
- der Wohnungsleerstand durch attraktive Angebote oder Rückbau weiter reduziert wird.

Wirtschaft

Die wirtschaftliche Entwicklung im Stadtgebiet stagnierte weitgehend in den letzten 10 Jahren. Zwar ist vielerorts ein Anstieg des Gewerbesteueraufkommens zu verzeichnen und bereits ansässige Unternehmen erweitern teilweise ihre Produktionskapazitäten, doch hat sich in puncto Neuansiedlungen im gleichen Zeitraum wenig getan.

Gerade von der regional aufstrebenden Automobilindustrie hat das Stadtgebiet bisher nicht durch Gewerbe- und Industrieansiedlungen profitieren können.

Um hier wieder auf Kurs zu kommen, setzen wir uns für einen Neustart der Wirtschaftsförderung ein. Standorte sind für Unternehmen austauschbarer denn je geworden. Es regiert das Prinzip des geringsten Widerstandes. Unter solchen globalen Voraussetzungen müssen wir uns als Kommune auf unsere Stärken besinnen. Nur eine offensive Kommunikation unserer Potenziale und eine direkte Vermarktung unserer Standorte bringt die Stadt nach vorn und neue Arbeitsplätze in die Region.

Darüber hinaus müssen Stadtverwaltung, Mandatsträger aber auch die Bürger selbst endlich wieder eine Willkommens-Atmosphäre schaffen – Konsens heißt hier das Stichwort. Denn letztendlich ist auch sozial, was vernünftig bezahlte Arbeitsplätze schafft.

Kultur, Tourismus, Sport und Vereine

Wenn Weißenfels überhaupt überregional bekannt ist, dann für seine kulturellen Spezialitäten und nationalen, sportlichen Erfolge. An dieser Stelle sollen gar nicht einzelne Vereine oder Highlights hervorgehoben werden, denn alle haben für sich einen besonderen Stellenwert für viele Menschen im Stadtgebiet.

Wir wissen, dass Ehrenamtliche für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft wichtig sind und möchten deshalb, dass

- Taten finanziell gewürdigt werden, eine pauschale Gießkannen-Förderung bevorzugen wir nicht
- die „Sportstadt Weißenfels“ endlich auch Teil der städtischen Kommunikation und Identität wird
- der Tourismus endlich auch als Wirtschaftszweig ernst genommen wird und Radtourismus im Speziellen
- das Schlossmuseum als Bestandteil eines neuen Museumskonzeptes auch barrierefrei zugänglich wird
- das Kulturhaus nicht privatisiert wird
- die Qualität und Ausstattung der Sportstätten erhalten bzw. nötigenfalls verbessert wird und ihre Nutzungszeiten bedarfsgerecht vergeben werden
- zeitnah eine tragfähige Lösung für die Probleme mit Schwimm- und Hallenbad gefunden wird, unter Finanzierungsvorbehalt auch als Neubau
- die Souveränität der Ortschaftsräte bei der Kulturförderung bestehen bleibt.

Ländlicher Raum und Ortsteile

Die Ortschaften im Stadtgebiet Weißenfels sind Bestandteil eines großen Ganzen. Dessen und den besonderen Befindlichkeiten nach der Gemeindegebietsreform sind wir uns bewusst.

Wir müssen gegenseitiges Verständnis entwickeln. Ein einzelner Ort wird unter den bevorstehenden

Herausforderungen der demografischen Entwicklung kaum eine Perspektive haben.

Verantwortung und Selbstständigkeit sind ein hohes Gut und sollte Maßstab vernünftigen Handelns sein. Aus diesem Grund setzen sich alle SPD-Stadtratskandidaten für verbale Abrüstung zwischen Oberbürgermeister, Stadträten, Ortsbürgermeistern und Ortschaftsräten ein. Weiterhin wollen wir die Ortsteile durch folgende Maßnahmen in ihrer Eigenverantwortung stärken. Sie sollen zukünftig

- über ein eigenes Budget von etwa 100 Euro je Einwohner und Ortsteil für lokale (auch investive) Aufgabe verfügen
- im Rahmen dieses Budgetrechtes Mittel ansparen können, um örtliche Maßnahmen eher durchführen zu können, als der städtische Rahmen dies vorsieht (z. Bsp. in Kitas oder bei örtlichen Straßen)
- im Bereich des Ortsteils Satzungsrechte in den Ortschaftsräten genießen
- gemeinsam an Projekten mit übergreifender Bedeutung arbeiten dürfen (Stichwort: Saalebrücke, Feuerwehren usw.) und stärker beteiligt werden
- stärker in die Entscheidungsfindung für ihre Ortschaften eingebunden werden.

Bundeswehr

Auch wenn man den Bundeswehr-Standort in Weißenfels nicht als Wirtschaft im eigentlichen Sinn betrachten kann, ist er doch zumindest in Größenordnung ein Wirtschaftsfaktor für unsere Stadt. Die Soldatinnen und Soldaten sind aber auch Nachbarn, Gäste und Eltern – zum Teil mit besonderen Ansprüchen.

Diesen Bedürfnissen ist gerade auch unter den Gesichtspunkten Stadtentwicklung und kommunale Daseinsvorsorge gesondert gerecht zu werden.

Die Kandidaten der SPD fühlen sich diesem Auftrag verpflichtet und möchten sich mit all ihrer Kraft dafür einsetzen, dass aus Soldatinnen und Soldaten zu Gast Nachbar und Eltern in unserer schönen Stadt werden.

Landwirtschaft und Umwelt

In Weißenfels ist auch die Landwirtschaft ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Die Stadt soll ihren Beitrag dazu leisten, Verlust von landwirtschaftlichen Flächen zu vermeiden oder durch Renaturierung von Abrissflächen soweit möglich zu kompensieren. Dies bedeutet auch, die Landwirtschaft in das Stadtgebiet hineinzulassen.

- Pufferflächen zu Industriegebieten können nicht nur durch Wald und Grünflächen erzeugt werden.
- Intensive Kontrolle der Betriebsführung des Klärwerkes, um künftige Strafzahlungen für Überschreitung von Einleitgrenzwerten zu vermeiden.
- Ausgleichsmaßnahmen müssen örtlich und fachlich so ausgeführt werden, dass dadurch Umweltbelastungen für die Bürger reduziert werden, die durch eine Neubaumaßnahme betroffen sind.
- Finanzielle Mittel für Ausgleichsmaßnahmen dürfen nicht in irgendein Projekt umgelenkt werden, die den Umweltbelastungen der Bürger nicht gerecht werden.
- Ausgleichsmaßnahmen, insbesondere für weitere Windräder und andere Energieanlagen müssen in einem sinnvollen Verhältnis zum Gewinn stehen um der Belastungssituation der Bürger gerecht zu werden